

## **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **Haushaltsrede vom 23.10.2019**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Riemer,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Wörner,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns herzlich bei der Verwaltung für den eingebrachten Doppelhaushalt 20/21 und für die sehr übersichtliche Darstellung im Vorbericht zum Haushaltsplan. Die in unserer Klausurtagung priorisierten Investitionen sind im Haushaltsplan eingestellt und wir tragen sie auch so mit.

Die Digitalisierung in den Schulen wird nun hoffentlich mit dem Digitalpakt vorankommen und wir appellieren an die Verwaltung die Mittel zeitnah abzurufen.

Beim Gute-Kita-Gesetz hoffen wir auf eine schnelle Einigung zwischen Bund und Ländern, sodass wir auch hier nochmals profitieren können.

Die Auflösung der FAG-Rückstellungen ist für uns kein Mangel am Haushaltsplan, denn genau für unsere vielen Investitionen hatten wir sie ja gebildet. Diese FAG-Rückstellungen sollten auch in Zukunft gebildet werden, um einnahmeschwächere Jahre auszugleichen.

An dieser Stelle könnte ich sagen: „Genau so machen!“ und könnte mich wieder hinsetzen.

Ich könnte auch meine Haushaltsrede vom letzten Jahr noch mal halten und Sie alle an die vielen Punkte erinnern, die ich damals in Bezug auf die Klimakrise angesprochen hatte. Oder ich könnte die Haushaltsrede von Sabine Lauterwasser nehmen und Sie alle daran erinnern, dass wir unser Handeln mehr nach nachhaltigen Gesichtspunkten ausrichten müssen.

Frau Oberbürgermeisterin, auch Sie erwähnten dieses Jahr in Ihrer Haushaltsrede die drei Säulen der Nachhaltigkeit, die ökologische, die ökonomische und die soziale Säule. Nun fragen wir uns, wie sich dieser Anspruch im Haushaltsplan widerspiegelt, denn wir finden dazu nur wenige Themen und Projekte. Das Was unserer Investitionen ist unstrittig aber das Wie muss noch diskutiert werden!

Was wir brauchen ist ein klares Bekenntnis dazu, alles in unserer kommunalen Macht stehende zu tun, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Auf die GroKo in Berlin mit ihrem schwachen, unambitionierten Klimapaket können wir uns leider nicht verlassen! Wir müssen selbst vor Ort das Heft in die Hand nehmen!

- Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Stopp des Flächenverbrauchs und der weiteren Versiegelung.
- Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu Gunsten des ÖPNV, des Fahrrads oder des Laufens.
- Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur ökologischen Bauleitplanung.
- Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu höchsten ökologischen und energetischen Standards in städtischen Gebäuden.
- Und wir brauchen ein klares Bekenntnis, dass wir bei alledem die einkommensschwachen Familien nicht vergessen dürfen.

Deshalb müssen künftig alle Sitzungsvorlagen unter Klimavorbehalt stehen. Im Grunde muss der gesamte Haushalt unter Klimavorbehalt gestellt werden.

Unsere Kinder und Enkel werfen uns, angeführt von der jungen Klimaaktivistin Greta Thunberg, unser Versagen vor. Hier in Kirchheim war bei der größten Demo seit langem,

nämlich dem gemeinsamen Klimastreik von Jugendlichen, Kindern und Erwachsenen, deutlich zu spüren, was die vor allem jungen Menschen in Kirchheim und auf der ganzen Welt umtreibt. Greta und all die anderen Kinder und Jugendlichen der Fridays-for-Future-Bewegung haben etwas geschafft, was viele Wissenschaftler weltweit seit Jahrzehnten fordern: Umdenken, Innehalten, unsere Art zu wirtschaften und unser quantitatives Wachstum zu hinterfragen.

Bild der Wissenschaft titelte bereits 2007: „Die Erde hat Fieber“. In dem Heft kommen der Topmanager Klaus Wiegand, ehemals Vorstandssprecher des Großkonzerns Metro, aber auch zahlreiche Wissenschaftler zu Wort und fordern ein Umdenken bei der Ernährung, in den Haushalten, beim Verkehr und in der Industrie.

Wir können aber noch weiter zurückgehen: seit dem Kyoto-Protokoll von 1997 herrscht bei den meisten Ländern Konsens, dass der menschengemachten Klimaerwärmung massiv begegnet werden muss. Das ist über 20 Jahre her, also eine ganze Jugendgeneration und getan hat sich viel zu wenig. Und bis 2030 sind es nur noch gut 10 Jahre.

Finanziell sind wir in Kirchheim derzeit praktisch schuldenfrei, aber trifft das auch auf ideelle Schulden zu, die wir ständig machen? Welche Schulden und Bürden häufen wir für künftige Generationen an, wenn wir unser Handeln am „immer weiter so“ ausrichten?

Mit diesem Doppelhaushalt stellen wir die Weichen für unser Handeln in den nächsten zwei Jahren. Wir werden keine weiteren großen Investitionsanträge stellen, aber Vorschläge machen, wie wir unser gesamtes Handeln konkret an den genannten Nachhaltigkeitszielen ausrichten können. Wenn wir investieren, dann nachhaltig und zukunftsgerichtet! Die kommenden Steuerungsberichte werden wir ebenfalls dazu nutzen, weitere Ziele und Maßnahmen, die der Nachhaltigkeit dienen, zu ergänzen oder bereits aufgestellte Ziele und Maßnahme unter diesem Aspekt zu hinterfragen.

Als erstes muss unser Beschaffungswesen dahingehend überarbeitet werden, dass künftig ökologische Kriterien verpflichtender Bestandteil der öffentlichen Auftragsvergabe sind. Für das öffentliche Auftragswesen gelten die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und der

Sparsamkeit. Dabei müssen aber nicht nur der Anschaffungspreis, sondern auch die gesamten Kosten über den Nutzungszeitraum und die Folgekosten (Energiekosten, CO<sub>2</sub>-Emissionen, usw.) berücksichtigt werden. Durch die Berücksichtigung ökologischer und nachhaltiger Kriterien wird über den Gesamtzeitraum eine Reduzierung der externen Kosten erreicht und in nachhaltige und zukunftsfähige Strukturen investiert, die zudem langfristig den städtischen Haushalt entlasten.

Wir müssen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß massiv reduzieren, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und somit die Klimakatastrophe zu verhindern. Aber geht weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß mit immer mehr Wachstum? Ich möchte aus der Wochenzeitung „die Zeit“ vom 19. September 2019 zitieren: Die Autoren Marc Brost und Bernd Ulrich schreiben „Dass die Wirtschaft wachsen muss, kommt uns so selbstverständlich und elementar vor – und die Politik ist ja sogar per Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzlich verpflichtet, sich für das Wachstum jedes zur Verfügung stehende Bein auszureißen – dass man kurz noch mal sagen muss, was das eigentlich bedeutet: Für diese Gesellschaft ist das jeweils erreichte historische Maximum jederzeit das unabdingbare Minimum, ohne das wir hier, ja was, zusammenbrechen? Ausrasten? Verarmen?“ (Zitat Ende).

Die meisten Menschen haben heute deutlich mehr Angst vor einer „Wirtschaftskrise“, die ja eigentlich nur weniger Wachstum bedeutet, als vor der Klimakrise!

Ein wichtiger Schritt, den wir zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes machen können ist, eine sehr zurückhaltende Ausweisung von neuen Bauflächen im Flächennutzungsplan vorzunehmen. Wertvolles Acker- und Grünland, Streuobstwiesen und Waldflächen müssen als CO<sub>2</sub>-Speicher und als regionale Nahrungsquelle erhalten bleiben. Wir müssen das Wachstum im Außenbereich stoppen und im Innenbereich weitere Entwicklungsmaßnahmen bei gleichzeitiger intensiver Begrünung einplanen.

Viele Politiker setzen heute vor allem auf Effizienz und Innovation, wie zum Beispiel sparsamere Motoren und meinen, das würde reichen und am Verhalten müsste nichts geändert werden. Die meisten Effizienzgewinne durch bessere Technik werden aber durch den schieren Massenzuwachs verschluckt. Ein gutes Beispiel dafür ist der immer weiter zunehmende Individualverkehr bei zwar sparsameren Motoren aber immer größeren Autos.

Die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehrssektor ist praktisch gleich null. Deshalb müssen wir hier in Kirchheim selbst Anreize dafür schaffen, dass kürzere Strecken nicht mit dem Auto zurückgelegt werden. Das bedeutet massiven Ausbau der Fahrrad- und Fußwegeinfrastruktur und Attraktivierung des ÖPNV durch günstige Fahrpreise und kostenlose Angebote.

Wir sind der Meinung, dass die jährlich eingestellten 40.000 € für die Radwegekonzeption viel zu wenig sind und beantragen daher diese Mittel auf 100.000 € zu erhöhen. Davon kann z.B. eine große Fahrradabstellanlage an der Stadthalle gebaut werden. Davon kann ein Lastenfahrradsystem zum Verleih und ein Förderprogramm für die Anschaffung von E-Lastenrädern durch private Haushalte finanziert werden. Davon können schnell weitere sichere Fahrradwege gebaut werden und die bestehenden besser vernetzt und gepflegt werden. Für eine zertifizierte „Fahrradfreundliche Kommune“ muss es selbstverständlich sein den Fahrradverkehr immer überdurchschnittlich zu fördern. Nur durch gezielte Fördermaßnahmen können wir eine wesentliche Steigerung des Fahrradanteils an der Mobilität erreichen.

Von einer Mobilitätswende profitieren wir als Stadt in dreifacher Hinsicht:

- Zum einen tragen wir zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes und des Lärms bei.
- Zum zweiten können wir plötzlich wieder mobil sein, statt im Stau zu stehen.
- Und zum dritten reduzieren wir den Flächenverbrauch, gewinnen also mehr Raum zum Leben

Dazu möchte ich ein paar Zahlen nennen, wie viel Fläche die einzelnen Verkehrsteilnehmer\*innen in der Stadt benötigen:

Eine FußgängerIn beansprucht knapp einen Quadratmeter, ein abgestelltes Fahrrad 1,2 Quadratmeter, ein parkendes Auto im Vergleich dazu 13,5 Quadratmeter, ein Fahrrad bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h inklusive Sicherheitsabstand 41 Quadratmeter und ein Auto bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h 140 Quadratmeter. Also wie viel Fläche würde frei werden, wenn wir das Auto öfter mal stehen lassen würden oder uns statt eines Autos ein Lastenfahrrad zulegen würden?

Um den Parksuchverkehr in der Widerholtstraße einzudämmen beantragen wir, die bestehenden Parkplätze allesamt in kostenlose Parkplätze für Menschen mit Handicap sowie für Elektroautos und Lastenfahrräder umzuwandeln.

Die Dettinger Straße soll abends und sonntags autofrei werden, was wir sehr begrüßen. Um einen realistischen Einfluss dieser Fußgängerzone auf die Geschäftswelt zu testen, halten wir einen Versuch unter echten Bedingungen für notwendig und beantragen, dies an einem Samstag pro Monat auszuprobieren. Eine nächtliche Flaniermeile bringt uns keinen Erkenntnisgewinn! Mittelfristig muss unser Ziel sein in der Dettinger Straße von Montag bis Sonntag, Tag und Nacht eine gute Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen, so wie es in der Max-Eyth-Straße seit Jahren bestens funktioniert.

Ab 1. Januar 2020 wird es in Kirchheim ein Stadtticket für den Omnibusverkehr geben. In einem weiteren Schritt sollte nun im Rahmen eines Pilotprojekts ein Jahr lang an einem Samstag im Monat der Busverkehr kostenlos sein. In diesem Zeitraum soll untersucht werden, wie sich die Fahrgastzahlen entwickeln. Wir bitten die Stadtverwaltung, die entstehenden Kosten aufzuzeigen und ein solches Pilotprojekt zu initiieren.

Zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes muss der städtische Fuhrpark auf alternative Antriebe umgestellt werden. In einem ersten Schritt sollen alle Fahrzeuge des Bauhofs bei Neuanschaffungen durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden. Außerdem sollen auf städtischen Grünflächen, Straßen und Plätzen keine Motor betriebenen Laubbläser mehr verwendet werden, egal durch wen die Pflege ausgeführt wird.

Großes Energiesparpotenzial gibt es bei der Bauleitplanung, den Heizsystemen in unseren Quartieren und den energetischen Standards bei städtischen Gebäuden.

Deshalb fordern wir, dass die Bauleitplanung noch stärker an ökologischen Standards ausgerichtet werden soll. Dazu gehören u.a. eine Solarpflicht, Dach- und Fassadenbegrünungen und ein Verbot von Schottergärten.

Städtische Gebäude sollen in Zukunft stets in den aktuellen Standards der KfW-Förderrichtlinien gebaut oder saniert werden. Der Einsatz von Recycling-Beton muss dabei

selbstverständlich sein. Auf allen städtischen Dächern soll die Möglichkeit von Photovoltaik geprüft und mögliche Anlagen durch die Stadtwerke oder Bürgergenossenschaften errichtet werden. Zur Kostenreduzierung sollen dafür die baulichen Standards bzgl. Raumgrößen, Ausstattung, Tiefgaragen, etc. hinterfragt werden und die Möglichkeit von seriellem oder modularem Bauen geprüft werden.

Schüler\*innen und andere Nutzer\*innen städtischer Gebäude könnten durch ein finanzielles Anreizsystem zum Stromsparen animiert werden. Hier sehen wir ein gutes Betätigungsfeld für unsere Klimaschutzmanagerin.

Nachhaltigkeit heißt auch, eine intakte Gebäudesubstanz nicht abzureißen, sondern zu sanieren und weiter zu benutzen. Wir plädieren dafür, dass geprüft wird, ob die Interimslösung für unser Verwaltungsgebäudekonzept nicht möglichst langfristig angelegt werden kann, da auch hier Materialien, Technik und Mobiliar eingesetzt werden, die bei einem erneuten Umzug auf dem Müll landen.

Derzeit wird auf dem Güterbahnhofsgelände ein neues Wohnquartier geplant. Wir beantragen, dass dort eine Nahwärme-Versorgung mit einem Holzhackschnitzel-Heizwerk in Verbindung mit Solarthermie geplant und zusammen mit einem oberirdischen Parkhaus durch die Stadtwerke errichtet wird. Dadurch könnten zumindest im ersten Bauabschnitt bei der Wohnbebauung auf teure Tiefgaragen verzichtet werden. Dieses Parkhaus ließe sich auch mit einem Bike&Ride- und Park&Ride-Haus für den Bahnhof kombinieren. Bei einer sich ändernden Mobilität in der Zukunft könnte das Parkhaus dann rückgebaut und der Platz einer Wohnbebauung zugeführt werden.

Das Konzept soll als Blaupause für das Güterbahnhofsgelände und die Reutlinger Straße in Ötlingen dienen. Dies muss bei der Ausschreibung des Wettbewerbs von Anfang an berücksichtigt werden.

Auch Müllvermeidung ist ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Deshalb fordern wir die Stadtverwaltung auf, das Mehrwegbechersystem Recup, das in der Region Stuttgart inzwischen in vielen Städten eingeführt ist, auch in Kirchheim zu etablieren und

dafür einen organisatorischen und finanziellen Anschub zu gewährleisten. So kann ich z.B. meinen Pfand-Kaffeebecher morgens mit in die S-Bahn nehmen und in Stuttgart wieder abgeben.

Wenn man heute die neugestaltete Stuttgarter Straße in Ötlingen entlang fährt, fällt sofort auf, dass keine Baumquartiere eingeplant wurden. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob zur optischen Auflockerung, zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Sicherheit der Radfahrenden am Anfang und Ende der Parkplätze jeweils noch ein Baumquartier angelegt werden kann. Künftig sollte dies bei allen Straßensanierungen eingeplant werden. Straßenbäume sorgen für bessere Luft und für Schatten und damit für eine erhöhte Aufenthaltsqualität.

Was wir sehr begrüßen ist, dass Jugendliche sich wieder mehr für Politik interessieren und sich für ihre eigene Zukunft einsetzen. Derzeit steht dabei das Thema Klimaschutz im Vordergrund, da dies für die Jugendlichen ein existenzielles Thema ist. Um das Interesse und das Engagement der Jugendlichen weiter zu unterstützen, sollte in Kirchheim ein sogenannter 8er-Rat, wie z.B. in Freiburg oder Waldshut-Tiengen etabliert werden. Das heißt, dass alle Achtklässler\*innen sämtlicher Kirchheimer Schulen mehrmals im Jahr von der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat eingeladen werden, um sich über aktuelle Projekte zu informieren, darüber zu diskutieren und ihre eigenen Ideen einzubringen. Dabei sollen jeweils Themenschwerpunkte gesetzt werden und BePart direkt mit eingebunden werden.

Mit unseren Anträgen wollen wir zu mehr Mut aufrufen! Mehr Mut den unumstößlichen Tatsachen ins Auge zu sehen. Mehr Mut, das allseits anerkannte Wissen in unsere Entscheidungen einzubeziehen. Mehr Mut umzudenken und keine halben Sachen mehr zu machen. Mehr Mut die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Ich bedanke mich herzlich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für das konstruktive und gute Miteinander.



Bei den Zuschauerinnen und Zuschauern bedanke ich mich herzlich für die Aufmerksamkeit!  
Ich wünsche uns gute Beratungen. Nur Mut!

Sabine Bur am Orde-Käß

## Anträge

1. Alle Sitzungsvorlagen müssen unter **Klimavorbehalt** stehen, d.h. sie müssen auf ihre Auswirkungen auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß überprüft werden und es müssen ökologisch nachhaltige Alternativen aufgezeigt werden.
2. Die Stadt Kirchheim unter Teck soll die städtischen Kriterien für die **Ausschreibung und Vergabe** öffentlicher Aufträge und Dienstleistungen überarbeiten. Künftig sind **ökologische Kriterien** verpflichtend Bestandteil der öffentlichen Auftragsvergabe. Ebenso wird die Wirtschaftlichkeit der Angebote anhand der Lebenszykluskosten bewertet. Die Umweltkriterien sind so zu fassen, dass sie den Grundsätzen und rechtlichen Vorschriften der öffentlichen Auftragsvergabe entsprechen. Dies gilt ebenso für alle Vergaben und Ausschreibungen der städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften.
3. Für unser nächstes großes **Wohnungsbauprojekt am Güterbahnhofsgelände** soll eine Nahwärmeversorgung mit einem **Holzhackschnitzel-Heizwerk** in Verbindung mit Solarthermie geplant werden. Gleichzeitig soll ein **zentrales oberirdisches Parkhaus** erstellt werden, um mindestens im ersten, östlichen Bauabschnitt komplett auf eine Tiefgarage verzichten zu können. Diese beiden Punkte sollen in der weiteren Planung berücksichtigt und durch die Stadtwerke realisiert werden. Es soll geprüft werden, ob ein **Bike&Ride- Park&Ride-Haus** für den Bahnhof in diesem Zusammenhang mit geplant werden kann. Entsprechend soll am Güterbahnhof in Ötlingen verfahren werden.
4. Die **Radwege-Konzeption** soll aktualisiert werden, um weitere Anreize zum Umstieg auf das Fahrrad zu schaffen. Dazu sollen die jährlichen Mittel auf 100.000 € aufgestockt werden. Auf der städtischen Homepage soll ein Link zu allen Fahrrad relevanten Informationen (z.B. Baustellen, neue Radwege, Veranstaltungen) eingerichtet werden. Diese Infos sollen auch über eine App abrufbar sein.

5. An der Stadthalle soll eine ausreichend große **Fahrradabstellanlage** installiert werden. Die überdachte Fahrradabstellanlage am Bahnhof soll kurzfristig erweitert werden.
6. Wir fordern die Stadtverwaltung auf zu prüfen, wie ein Lastenfahrradverleih in Kirchheim etabliert werden kann: Welche städtische Einrichtung könnte einen Verleih durchführen (die Stadtwerke, der städtische Bauhof oder auch in Kooperation mit privaten Anbietern wie z.B. Radwerkstätten, Radläden, Sportläden etc.) und wo könnten **Lastenfahrräder** sinnvoll geparkt werden?  
Außerdem soll geprüft werden, inwiefern ein Förderprogramm für Privatpersonen etabliert werden kann, das die Anschaffung eines elektrischen Lastenfahrrades unterstützt (analog zu Karlsruhe und Stuttgart).
7. Die **Parkplätze entlang der Wiederholtstraße** sollen allesamt in kostenlose Behindertenparkplätze sowie Parkplätze für Elektrofahrzeuge und Lastenfahrräder umgewandelt werden. Gleichzeitig soll die Zufahrt für den allgemeinen PKW-Verkehr gesperrt werden.
8. Der **städtische Bauhof** soll sukzessive vollständig auf Elektromobilität umgestellt werden. Auf Diesel und Benzin betriebene Laubbläser soll auf städtischen Grün- und Verkehrsflächen komplett verzichtet werden.
9. In einem einjährigen Pilotprojekt soll der **Busverkehr** in Kirchheim an einem Samstag pro Monat kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung stellt dar, welche Kosten dafür entstehen und evaluiert die Wirkung auf die Benutzerzahlen.
10. Die **Dettinger Straße** soll zusätzlich zu den beschlossenen Sperrungen am Abend und sonntags einmal pro Monat auch samstags und zusätzlich bei Veranstaltungen in der Innenstadt gesperrt werden. Gleichzeitig sollen die vorhandenen Parkplätze reduziert werden. Die Auswirkungen auf die Geschäfte, auf die Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen und die Anwohner\*innen sollen nach einem einjährigen Probelauf evaluiert werden.
11. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, möglichst zeitnah einen organisatorischen und finanziellen Anschub für die Einführung des **Mehrwegbechersystems Recup** in Kirchheim zu gewährleisten.  
Hierbei soll eine enge Kooperation mit dem Landkreis Esslingen erfolgen.  
Neben den Systemgebühren sind das Layout für den Becher mit Kirchheimer Motiven, der Aufbau eines Netzwerkes aus sich beteiligenden Läden (Bäckereien,

Cafés, Restaurants, Tankstellen, Supermärkte etc.) und regionalisierte Flyer für die Nutzung von Recup in der Stadt Kirchheim bei den Planungen zu berücksichtigen.

12. Die **Bauleitplanung** soll künftig stärker an ökologischen Kriterien wie Solarpflicht, Verbot von Schottergärten, Einbau von Zisternen, Fassaden- und Dachbegrünungen und Gebot von standorttypischen Pflanzen ausgerichtet werden.
13. **Städtische Gebäude** müssen künftig nach den Standards der aktuellen KfW-Förderrichtlinien gebaut oder saniert werden. Grundsätzlich soll Recycling-Beton verwendet werden. Zugleich sollen zur Kostensenkung bauliche Standards bzgl. Raumgrößen, Ausstattung, Tiefgaragen, etc. hinterfragt werden und die Möglichkeit von seriellem oder vorgefertigtem Bauen geprüft werden.
14. Der jährliche **Energiebericht** soll wieder aufgenommen werden, wobei neben den Energiekosten und -verbräuchen auch zwingend die CO<sub>2</sub>-Bilanz aufgeführt werden muss.
15. Es soll ein **Anreizsystem zur Senkung des Stromverbrauchs** in Schulen und anderen städtischen Gebäuden geschaffen werden, indem z.B. eine Reduzierung des Verbrauchs monetär direkt an die Nutzer\*innen ausgezahlt oder für Projekte zur Verfügung gestellt wird.
16. Die Verwaltung stellt dar, wo auf Kirchheimer Gemarkung weitere **Aufforstungsprojekte**, die dann unserem Ökokonto gutgeschrieben werden sollen, durchgeführt werden können.
17. Bei Straßensanierungsarbeiten sollen **zusätzliche Baumquartiere** eingeplant werden. In einem ersten Schritt soll überprüft werden, wo in der Stuttgarter Straße in Ötlingen im Zusammenhang mit den bereits markierten neuen Parkplätzen Bäume gepflanzt werden können. Dadurch soll zum einen mehr Grün in die Stadt kommen und zum anderen die Sicherheit für die Radfahrer\*innen erhöht werden.
18. Für die Umsetzung der **Europäischen Wasserrahmenrichtlinie** soll der Mitteleinsatz verstetigt werden, d.h. für die Jahre 2022 ff. sollen weitere Mittel eingestellt werden.
19. Im Zusammenhang mit dem **Verwaltungsgebäudekonzept** soll die Interimslösung im BlessOF-Gelände als Dauerlösung untersucht werden. Es soll geprüft werden, ob dann auf die Anmietung und den Bau weiterer Büroflächen verzichtet werden kann.

20. Es soll laufend überprüft werden, ob der Umfang der **Schulsozialarbeit** an den Kirchheimer Schulen noch auskömmlich ist.
21. Im Haushaltsplan sind keine Mittel für das **Linde-Areal** eingestellt. Mindestens das Soziokulturelle Zentrum muss zeitnah angegangen werden. Hierfür sind die nötigen Mittel in den Planungszeitraum einzustellen.
22. Die Systematik des **Stadtpasses A und B** soll in einer Übersicht dargestellt werden in Bezug auf Berechtigte und Leistungen. Des weiteren soll dargestellt werden, wie viele berechnete Personen die Leistungen tatsächlich in Anspruch nehmen.
23. In Kirchheim unter Teck soll ein **8er-Rat** (wie z.B. in Freiburg, Waldshut-Tiengen, Schwetzingen etc.) etabliert werden. Das bedeutet, dass alle Achtklässler\*innen gemeinsam mehrmals im Jahr von der Verwaltung und dem Gemeinderat zusammen mit BePart eingeladen werden, um sich über laufende, für Jugendliche interessante Projekte zu informieren und darüber zu diskutieren. Dadurch soll das Interesse von jungen Menschen an Politik gefördert werden.